

Pressemitteilung

Ist das gerecht und wer soll das bezahlen?

Vor 75 Jahren, nach den dunkelsten Jahren deutscher Geschichte entstand das Grundgesetz und es wurden Werte festgeschrieben, welche künftig das Zusammenleben in unserem Land prägen sollen.

Es entstand etwas, das man einen von Solidarität geprägten Gesellschafts-Vertrag nennen kann: Der Sozialstaat wurde angestrebt!

Das Grundgesetz blieb nicht im Ungefähren, sondern ist durchaus in der Formulierung seiner Ziele sehr konkret – als das wären:

- (1) Die Sicherstellung der sozialen Gerechtigkeit
- (2) Die Absicherung von Risiken wie Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit
- (3) Die Förderung von Bildung und Chancengleichheit
- (4) Die Stärkung der gesellschaftlichen Solidarität
- (5) Die Verhinderung von Armut und Ausgrenzung

Rückblickend lässt sich sagen, dass – bei aller Schwierigkeit und allen stets existierenden Verteilungskämpfen – diese Prinzipien in früheren Jahrzehnten wesentlich zur positiven Entwicklung unseres Landes beigetragen haben.

Aber wo stehen wir heute? Werden wir den Ansprüchen und Zielen, wie sie im Grundgesetz verankert sind, noch gerecht?

Zweifel sind angebracht!

Lenken wir den Blick auf die Pflege für alte und kranke Menschen: Hier erodiert derzeit eine ganze Versorgungslandschaft zu einem

Zeitpunkt, in dem die Angebote der Leistungserbringer so dringend und so zahlreich gebraucht werden, wie noch nie:

Während die Verantwortlichen in den Pflege-Einrichtungen und Diensten existentielle Bedrohungen auf sich zukommen sehen, blicken älter werdende Menschen in eine ungewisse Zukunft:

Werde ich eine angemessene, würdevolle Versorgung bekommen, wenn ich sie brauche? Werde ich mir diese am Ende eines langen Arbeitslebens auch leisten können?

Ist das gerecht?

Seit Monaten weist das Netzwerk Pflege in Not auf die prekäre Lage der Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen hin. „Pflege ist nicht mehr bezahlbar und bedeutet fast automatisch von Sozialhilfe abhängig zu sein“

Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss von zwischenzeitlich gut 130 Pflegediensten aus dem gesamten Land M-V, welche wiederholt durch Protestaktionen seit März des Jahres auf die Lage aufmerksam machen.

„Pflege kann nicht jeder – und das muss angemessen bezahlt werden“ davon sind die Akteure im Netzwerk genauso überzeugt wie die Politik, welche durch die Einführung der Tariftreuepflicht im September 2022 die Verpflichtung für eine tarifliche Bezahlung sicherstellten.

„Wer Tariflöhne zahlen muss, der muss auch von den Kassen ordentlich vergütet werden“, sagt der Sprecher des Netzwerkes Maik Wolff. „Genau daran hapert es und darauf weisen wir seit Monaten laut und deutlich hin – wenn es sich weiter zu spitzt, werden

Pflegeeinrichtungen und Dienste sich aus dem Markt zurückziehen müssen – die Unterversorgung insbesondere im ländlichen Raum wird die Konsequenz sein“.

Pflegedienste, welche keinen Tarif angehören, müssen entsprechend dem Willen des Gesetzgebers nach dem regional üblichen Entlohnungsniveau vergüten. Dies wird durch die Kassen festgestellt und veröffentlicht.

	2022	2023	Steigerung
Ohne Ausbildung	2792,35 €	2906,74 €	4,09 %
Pflegehelfer	3022,88 €	3165,01 €	4,70 %
Pflegefachkraft	3775,13 €	3948,46 €	4,59 %

Diese Zahlen zeigen deutlich, dass das von der Politik so häufig verwendete Narrativ der Dumpinglöhne in der Pflege schlichtweg davon ablenken soll, dass sowohl Landes – und als Bundesregierung das zentrale Thema der sozialen Gerechtigkeit – die Absicherung bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit deutlich zu lange, über alle Parteigrenzen hinweg vernachlässigt hat.

Steigende Löhne bedeuten steigende Kosten und diesen müssen wiederum auf die Pflegebedürftigen umgelegt werden. Die Eigenanteile werden zum 01.01.2024 für alle Pflegebedürftigen in M - V erneut steigen.

Das Netzwerk Pflege in Not rät allen Pflegeeinrichtungen bereits JETZT alle Pflegebedürftigen über die anstehenden Erhöhungen, auch wenn diese aktuell noch nicht feststehen zu informieren. „Jeder Bedürftiger muss sofort prüfen ob er sich seine Pflege noch leisten kann oder ob ein Sozialhilfeantrag gestellt werden muss“ betont Jessica Mendle, Inhaber des Pflegedienstes Ora Cura in Greifswald.

Jörg Heydorn, ehemaliger SPD – Landtagsabgeordneter und Akteur im Netzwerk wird noch deutlicher: „Die Politik ist zum 100 Meter – Lauf angetreten, hat nach 50 Metern abgebrochen und will sich nun feiern lassen – die Pflegeversicherung wurde eingeführt, um Sozialhilfeabhängigkeit zu vermeiden – und nun muss konstatiert werden, dass wirksame Entlastungsmaßnahmen wie das Pflegewohngeld sowie die Übernahme die Investitionskosten von unserer Ministerin Drese negiert werden und lieber Arbeitsgruppen gebildet werden“

Der Sprecher des Netzwerkes Pflege in Not kündigt an: „Wir werden noch lauter und deutlicher werden – wir werden die Stimme der Pflegebedürftigen und pflegenden Angehörigen – wir werden landesweit allen BürgerInnen eine Plattform bieten – es geht um eine Zukunftsfeste Pflege“

Zwei wesentliche Säulen sind dafür erforderlich:

- (1) Die pflegenden Angehörigen
- (2) Die Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste

Letztere müssen ordentlich vergütet werden.

Eine ordentliche Vergütung ist die Basis für die Existenz der Leistungserbringer in der Pflege.

Es sollte selbstverständlich sein, dass Kostensteigerungen bei Personal- und Sachkosten auch direkt übernommen werden, dies müsste eigentlich ein absoluter Automatismus sein.



Jedem dürfte klar sein, wenn er drei Hosen in die Änderungsschneiderei bringt, dann müssen auch 3 Hosen bezahlt werden und nicht nur eine. Insoweit liegt auch die Forderung auf der Hand, dass jede Leistung, welche Pflegedienste erbringen, auch bezahlt werden müssen.

Mobile Pflegedienste verbringen einen großen Teil der Arbeitszeit auf der Straße. Die Finanzierung der Einsatzzeiten muss angepasst werden. Das Netzwerk schließt sich der Forderung des bpa an, welche eine pauschale Einsatzzeit von 12 Minuten fordert. Damit lassen sich die unterschiedlichen Besonderheiten sowohl im ländlichen als auch im städtischen Bereich abbilden.

Pflegen kann nicht jeder. Pflegekräfte tragen eine hohe Verantwortung. Fehler können gravierende Auswirkungen haben. Da ist es unverständlich, dass die ambulante Pflege so schlecht vergütet wird.

Jörg Heydorn bringt es auf den Punkt. Eine Ergotherapie bekommt in der Stunde bis zu 90,00 € - ein mobiler Pflegedienst steht mal eben mit rund 42,00 € dar. Das sich das nicht rechnet, dazu muss man weder Mathematik noch Betriebswirtschaft studiert haben.

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Maik Wolff (Sprecher)
Netzwerk Pflege in Not in MV
015152349213